



DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15757
Freitag, 07. Februar 2020

EU-Kommission diskutiert über Mengenvorgaben beim Pflanzenschutz	1
EU-Handelskommissar Hogan hat auch weiterhin Agrarprodukte im Fokus	1
Französischer Bauernverband kritisiert Gesetz für Erzeugerpreise als wirkungslos	2
Lebensmittelindustrie unterstützt Ombudsstelle für mehr Fairness im Handel	3
Getreidemärkte überwinden erste Corona-Panik - USA und China bauen Zölle ab	4
Russland: Exporte von Ölmöhlenprodukten 2019 deutlich ausgebaut	7
EU-Schweinemarkt: Überschaubares Angebot stabilisiert das Preisniveau	7
Gahr: Umfrage zum Wolf zeigt klaren Handlungsbedarf auf	7
Hieglsberger: Holzbau verbindet Klimaschutz mit regionaler Wertschöpfung	9
Land Oberösterreich zeichnete 16 bäuerliche Betriebe als Erbhöfe aus	10

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Kommission diskutiert über Mengenvorgaben beim Pflanzenschutz

Bernhuber: Österreichs Landwirte arbeiten jetzt schon vorbildlich

Brüssel, 7. Februar 2020 (aiz.info). - Innerhalb der EU-Kommission ist ein Streit über die Zukunft des Pflanzenschutzes ausgebrochen. Die Fachebene der Generaldirektion Gesundheit schlägt in einem Entwurf eine Halbierung der ausgebrachten Wirkstoffe bis 2030 vor. Andere Generaldirektionen lehnen Mengenvorgaben grundsätzlich ab. "Das Ziel ist eine deutliche Reduktion beim Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln", erklärte die Sprecherin von EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides. Ob die EU-Kommission in ihrer "Farm to Fork"-Strategie Mengenvorgaben machen wolle, stehe bisher noch nicht fest. Das werde erst bis zur Vorlage der Strategie Ende März entschieden, führte die Sprecherin aus. * * * *

Der französische Landwirtschaftsminister Didier Guillaume hatte auf dem EU-Agrarrat im Jänner eine Halbierung der Wirkstoffe bis 2025 angeregt, so wie es in Frankreich vorgesehen ist. Hingegen vermisst der EU-Rechnungshof Instrumente in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), um bei den Landwirten einen verminderten Einsatz durchzusetzen. Deshalb möchte der Rechnungshof Aufzeichnungen über den integrierten Pflanzenschutz zur Voraussetzung für den Erhalt von Direktzahlungen machen. Außerdem gebe es bisher keine ausreichenden Statistiken über den Verkauf von Pflanzenschutzmitteln, um quantitative Ziele überprüfen zu können, bemängelte der Rechnungshof. "Österreichs Landwirte handeln beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln schon jetzt vorbildlich", kommentierte kürzlich **Alexander Bernhuber**, Umweltsprecher der ÖVP-Delegation im Europaparlament, den Rechnungshofbericht.

Der EU-Bauern- und Genossenschaftsverband COPA-COGECA meint, man könne den integrierten Pflanzenschutz stärker fördern. Doch das Vorgehen müsse realistisch bleiben und auf die betriebliche Praxis abgestimmt werden. Die Kritik in der Öffentlichkeit am Pflanzenschutz hält COPA-COGECA für weit überzogen. Landwirte müssten eine ausreichende Palette an Wirkstoffen zur Verfügung haben. Die weltweit steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln und neue Pflanzenkrankheiten durch den Klimawandel machten einen ausreichenden Pflanzenschutz noch dringlicher, betonte der Verband. (Schluss) mö

EU-Handelskommissar Hogan hat auch weiterhin Agrarprodukte im Fokus

Ire agiert mit diplomatischem Geschick

Brüssel, 7. Februar 2020 (aiz.info). - Für EU-Kommissar **Phil Hogan** sind trotz seines Wechsels in der neuen EU-Kommission in Brüssel von der Landwirtschaft zum internationalen Handel die Themen die gleichen geblieben. Der Bauernsohn aus Irland kommt von der Landwirtschaft nicht los. Hogans politisches Leben dreht sich weiterhin um irisches Rindfleisch, spanische Oliven, französischen Roquefortkäse und polnische Äpfel. Nur die Perspektive hat sich verändert. Als EU-Agrarkommissar musste er Erzeuger stützen und Produkte verteidigen, die in den Strudel von Handelsauseinandersetzungen geraten waren. Jetzt kümmert sich Hogan selbst um die Handelsbeziehungen der EU zu Drittstaaten und muss Einfuhrbeschränkungen sowie Strafzölle für

seine wohlbekannten Erzeugnisse abwenden. Der transatlantische Streit um Autos, Aluminium und Flugzeuge schwebt bedrohlich über dem bisher rein agrarischen Portfolio des EU-Kommissars. * * * *

Gleich geblieben sind auch die Methoden von Hogan, um in Konfliktlagen eine Position zu behaupten und Terrain gutzumachen. Er tritt leise auf und hält sich immer ein Hintertürchen offen. Mit diplomatischem Geschick konnte sich Hogan andalusischen Olivenerzeugern gleichzeitig als verständnisvoller Verbündeter anpreisen und trotzdem freie EU-Agrarmarktordnungen vor den Lobbyisten verteidigen. Mit dieser Taktik könnte er auch die größte Herausforderung seiner zweiten Amtszeit in Brüssel meistern: das Handelsabkommen der EU mit den USA. Hogan streitet mit den US-Amerikanern nicht über die Risiken von Hormonfleisch für das Wohlergehen der Tiere oder die menschliche Gesundheit. Sich im ideologischen Klein-Klein zu verzahnen, liegt Hogan überhaupt nicht. Stattdessen reserviert er noch als EU-Agrarkommissar ein Einfuhrkontingent von 35.000 t Rindfleisch ohne Masthormone speziell für die USA.

Wenn einer aus dem politischen Spitzenpersonal der EU mit der schwierigen Trump-Administration zurechtkommt, dann ist es Hogan. Als Ire liegen ihm die transatlantischen Bezüge näher, als Politikern aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Auf die kühnen Rechnungen der USA im Handelsstreit, die zum Teil mit aggressiver Rhetorik vorgetragen werden, reagiert Hogan gelassen. So beklagen die US-Amerikaner ein Handelsdefizit von rund 10 Mrd. Euro im Jahr gegenüber der EU und fordern einen besseren Zugang auf dem europäischen Agrarmarkt. Dem ehemaligen EU-Agrarkommissar ist klar, dass neue Einfuhrkontingente für landwirtschaftliche Erzeugnisse in der EU kaum durchzusetzen sind. Also muss er das Problem irgendwie umschiffen, denn ohne positive Schlagzeilen für seine Farmer und Rancher wird Präsident Donald Trump einem Handelsabkommen mit der EU nicht zustimmen.

Die kleinen Stellschrauben sind gefragt, und hier kennt sich der Handelskommissar aus. Vielleicht könnte die EU die Einfuhr von Geflügel erleichtern, das nicht gleich mit dem verpönten Chlor desinfiziert wurde, sondern nur mit harmlosem Essig. Doch selbst für einen brüchigen Waffenstillstand im Handelsstreit ist der Spielraum für Hogan äußerst begrenzt. Schließlich könnte die kritische Öffentlichkeit der EU, was Lebensmittelstandards angeht, dem Kommissar das Menü schnell wieder versalzen. (Schluss) mö

Französischer Bauernverband kritisiert Gesetz für Erzeugerpreise als wirkungslos

Interessenvertretung fordert Sanktionen

Brüssel, 7. Februar 2020 (aiz.info). - In Frankreich sind die Landwirte seit Jahren mit ihren Traktoren unterwegs, um höhere Preise in der Lebensmittelindustrie und in den Supermärkten durchzusetzen. Zuletzt blockierten sie Ende November mit etwa 1.000 Traktoren den Autobahnring rund um Paris. Pünktlich zum Beginn der Jahresgespräche mit dem Lebensmitteleinzelhandel machten die Erzeuger erneut politischen Druck. Trotz des hochgradig mobilisierten Agrarsektors blieb der Erfolg bisher aus. Dabei sind in Frankreich die Erzeugerpreise gesetzlich geschützt. Es war ein Anliegen von Präsident Emmanuel Macron, gegen Dumpingpreise in den Supermärkten vorzugehen. Anfang 2019 trat deshalb das französische Lebensmittelgesetz (Les Etats généraux de l'alimentation) in Kraft. Es verlangt Erzeugerpreise, die Kosten decken, regelt Abnehmerverträge mit Landwirten und schränkt Sonderangebote ein. * * * *

Doch in den Jahresgesprächen der Lebensmittelindustrie mit den großen Supermarktketten hinterließ die Vorschrift zum Schutz der Landwirte bisher kaum Spuren. "Wir wollen, dass der Einzelhandel mitmacht", forderte **Christiane Lambert**, Präsidentin des französischen Bauernverbandes (FNSEA). Sie nannte am Rande der Traktordemonstration in Paris die Handelskette "Lidl" als abschreckendes Beispiel, weil diese aus Deutschland Fleisch zu billig verkauft habe. Insbesondere kritisieren die Agrarverbände immer wieder steigende Milchpreise in den Kühlregalen der großen Ketten, wenn gleichzeitig die Auszahlungspreise für die Milcherzeuger fallen. "Das Lebensmittelgesetz funktioniert nicht", kritisierte auch **Patrick Bénézit**, ebenfalls vom FNSEA. Wenn sich alle daran hielten, könnte dies rund 1 Mrd. Euro zusätzlich in den Agrarsektor spülen, erhofft sich der Verbandsvertreter. Doch dazu müsste der Staat für die Einhaltung des Lebensmittelgesetzes sorgen, notfalls mit Sanktionen, forderte Bénézit. Die FNSEA stellt dennoch nicht in Abrede, dass 2019, im ersten Jahr seiner Gültigkeit, das Lebensmittelgesetz die Milch in manchen Fällen vor Billigangeboten geschützt hat. Doch das müsse von der Milch auf alle Molkereiprodukte ausgedehnt werden, fordert der französische Bauernverband.

Ein weiteres Ärgernis, das die französischen Landwirte auf die Straßen treibt, sind nationale Einschränkungen beim Pflanzenschutz. Im Jänner ist in Frankreich ein Gesetz in Kraft getreten, das Mindestabstände zur Wohnbebauung bei der Ausbringung von chemischen Pflanzenschutzmitteln vorschreibt. Im Getreideanbau sind es zum Beispiel Pufferzonen von 5 m, im Weinbau darf auf den letzten 10 m nichts mehr ausgebracht werden. Besonders französische Landwirte in Ballungsgebieten sind empört über den Verlust von Agrarland und sie fragen sich, was sie mit dem Aufwuchs auf den Pufferstreifen anfangen sollen. (Schluss) mö

Lebensmittelindustrie unterstützt Ombudsstelle für mehr Fairness im Handel

Koßdorff: Unabhängigkeit muss gegeben sein

Wien, 7. Februar 2020 (aiz.info). - Der Fachverband der Lebensmittelindustrie unterstützt die Initiative von Bundesministerin Elisabeth Köstinger für eine nationale Ombudsstelle zur Umsetzung der EU-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken. "Diese Maßnahme soll mehr Fairness in der Lebensmittelkette bringen, denn das ist dringend geboten", erklärte **Katharina Koßdorff**, Geschäftsführerin des Fachverbandes der Lebensmittelindustrie, zu den jüngsten Debatten um Preisdumping bei Lebensmitteln im Handel. "Das laufende Feuerwerk an Rabattschlachten und Aktionen vernichtet auf Dauer Wertschöpfung in Österreich. Das tut keinem Partner in der Lebensmittelkette gut", so Koßdorff. * * * *

Damit die geplante Ombudsstelle im Kampf gegen unlautere Handelspraktiken in der Praxis auch tatsächlich eine Verbesserung der Situation für die Lieferanten am Markt bringen kann, muss diese vor allem unabhängig sein. "Nur eine von Einzel- und Brancheninteressen unabhängige Stelle kann einen Mehrwert für die betroffenen Hersteller bringen. Dass der Handelsverband in dieser Ombudsstelle mit am Tisch sitzen möchte, wie kolportiert wurde, würde diese gebotene Unabhängigkeit freilich konterkarieren", erläuterte Koßdorff. Weiters muss die geplante Ombudsstelle allen betroffenen landwirtschaftlichen Erzeugern und Lebensmittelproduzenten unabhängig von ihrer Größe entlang der Agrar- und Lebensmittelkette als kompetente Anlaufstelle offen stehen. (Schluss)

Getreidemärkte überwinden erste Corona-Panik - USA und China bauen Zölle ab

CBoT-Schweinenotierung zeigt Irrationalität - Experte erwartet höhere Rapspreise

Wien, 7. Februar 2020 (aiz.info). - Die Getreide-Terminbörsen dies- und jenseits des Atlantiks überwinden im Wochenverlauf im Gefolge der allgemeinen Rohstoffmärkte ihre erste Panikreaktion auf den Ausbruch des Coronavirus in China. Sie begannen sich wieder vermehrt fundamentalen Daten zuzuwenden, wenngleich ihnen weiterhin Irrationalität und Unberechenbarkeit anhaftet. * * * *

Nach den scharfen Kurskorrekturen setzten dennoch Erholungsbewegungen ein. Nachdem etwa der März-Weizenkontrakt an der Euronext in Paris zu Wochenbeginn bis auf 189,50 Euro/t eingebrochen war und damit zum Ausgangspunkt der zu Jahreswechsel gestarteten Rallye zurückgekehrt war, kletterte er bis zur Wochenmitte auf 193,75 Euro/t. Der Donnerstag brachte dann wieder eine Abschwächung, und am Freitag startete der März-Weizenkontrakt mit einem hellgrünen Vorzeichen bei 193,25 Euro/t in den Handel. Hilfreich sind eine weiterhin heftige Exportnachfrage und eine Abschwächung des Euro unter 1,10 USD. Entspannung - vor allem am Sojamarke - brachte auch die Ankündigung, China werde im Gegenzug zu Zollerleichterungen der USA ab 14. Februar die im September um 5 beziehungsweise 10% zusätzlich erhobenen Strafzölle auf Warenlieferungen aus den USA im Wert von 75 Mrd. USD (68,16 Mrd. Euro) halbieren. So sollen konkret die Zölle auf Sojabohnen aus den USA von 30 auf 27,5% gesenkt werden, nachdem seit Juli 2018 ein 25%iger Strafzoll gegolten hatte und vorigen September um weitere 5% angehoben worden war.

Neben Agrarprodukten erfahren unter anderem auch Rohöllieferungen aus den USA Erleichterungen. Analysten hielten diesen Schritt in der Folge des Mitte Jänner von den USA und China unterzeichneten Phase 1-Handelsdeals für eine logische Konsequenz, denn mit der bestehenden Zollbelastung könne China kaum die im Deal in Aussicht genommenen Steigerungen der Wareneinkäufe realisieren. Demnach sollten die Chinesen den USA 2020 um 12,5 Mrd. USD (11,36 Mrd. Euro) und 2021 um 24 Mrd. USD (21,81 Mrd. Euro) mehr Agrargüter abkaufen als zur Ausgangsbasis von 24 Mrd. USD (21,81 Mrd. Euro) im Jahr 2017.

Schweinefleisch-Notierungen in Chicago zeigen Irrationalität der Märkte

Die Irrationalität der Märkte zeigte dieser Tage die Jungschweine-Fleischnotierung an der CBoT in Chicago. Nach zwei Abschlüssen im Limit Down (von einer Börse festgelegter höchstzulässiger Kursverlust an einem Handelstag) alleine in der Vorwoche und einem Kursverlust von 21% seit Jahresbeginn, schnellte die Schweinefleischnotierung am Donnerstag um 4,9% ins Limit Up (von einer Börse festgelegter höchstzulässiger Kursgewinn an einem Handelstag), nachdem der US-Fleischriese Tyson verkündet hatte, seine Schweinefleischlieferungen nach China hätten im abgelaufenen Quartal um 600% zugelegt. Lieferungen von Schweinefleisch aus den USA werden von China aber noch immer mit einem 72%igen Zollsatz bestraft und es ist nicht sicher, ob dieser von der kommenden Senkungsrunde am 14. Februar ebenfalls erfasst wird. Der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest und der Verlust eines Großteils seiner Schweineherden hat jedoch die Schweinefleischpreise im Reich der Mitte auf Rekordhöhe getrieben und für starke Nachfrage bei potenziellen Lieferanten gesorgt.

Oil World-Experte: Wir erwarten eine Preiserhöhung für Rapssaat und Rapsöl

Auch die Rapsnotierungen sind unter die Räder der Corona-Hysterie und zusätzlich eines Handelsstreits zwischen Indien und Malaysia geraten, der die Palmölpreise und in deren Folge die anderer Pflanzenöle und Ölsaaten in den Keller schickte. So rutschte die Pariser Rapsnotierung auch unter die zu Jahresbeginn gewonnene 400-Euro-Marke, beginnt sich aber seit einigen Tagen ebenfalls wieder zu erholen.

Dabei hätten die Rapspreise Potenzial nach oben. "Bleiben Sie cool und warten Sie noch ein wenig. Es kommen bessere Preise", zitiert agrarzeitung.de **Thomas Mielke**, einen der Herausgeber des Hamburger Branchendienstes Oil World, mit Tipps für die Vermarktung der Rapsernten 2019 und 2020. Mehrere Faktoren deuteten auf feste Rapspreise hin. Demnach bleibe die Versorgung in der EU auch aus der Ernte 2020 eng, die Anbaufläche habe sich nur geringfügig von ihrem vorjährigen Tiefststand erholt. Oil World rechnet 2020 mit einer Rapsernte von 17,7 Mio. t in der EU. "Das ist nur relativ wenig über dem Tiefpunkt von 16,9 Mio. t im Vorjahr, bleibt aber weit hinter den früheren Ernten von 20 bis 23 Mio. t zurück", so Mielke.

Aus der Ukraine und Australien stünden demnach nur noch kleine Mengen zur Verfügung. Zudem solle ab Juli 2020 China größere Mengen Raps in der Ukraine kaufen. Die Ukraine war bisher Hauptlieferant für die EU. "Das wird die Preise stützen", so Mielke. Für den Marktexperten stehe fest, dass mittel- und langfristig fundamentale Faktoren die Preise bestimmen werden. Dazu gehöre neben dem knappen Rapsangebot das weltweite Produktionsdefizit bei Palmöl. Mielkes Schlussfolgerung: "Wir erwarten eine Preiserhöhung für Rapssaat und Rapsöl von dem jetzigen Niveau sowohl für die altertägigen Termine als auch für die neue Ernte."

Weizenexport der EU 65% über Vorjahreslinie - Russland verzeichnet 17% Minus - Preise geben nach

Die Ausfuhren von Weichweizen aus der Europäischen Union bleiben nach wie vor sehr rege. Laut EU-Kommission lagen sie zum Ende der 31. Woche des Wirtschaftsjahres (Stichtag 2. Februar) mit 15,255 Mio. t um 65% über der Vorjahreslinie. Bei den Exportpreisen blieb Mahlweizen aus der Union fob Rouen mit umgerechnet 219 USD/t (+2 USD zur Vorwoche) auch diese Woche (Stichtag 29. Jänner) preislich voran vor Schwarzmeerweizen mit 224 USD/t (-7 USD zur Vorwoche) und Soft Red Winter aus den USA mit 255 USD/t (-3 USD/t zur Vorwoche).

Allerdings schwächten sich die russischen Weizenexportpreise zum ersten Mal seit November des Vorjahres ab, nachdem sie seither kontinuierlich gestiegen waren. Dies verringerte auch den Preisvorsprung von Weizen aus EU-Herkunft.

Frankreich erzielte im Dezember mit 1,2 Mio. t die höchsten Weichweizenausfuhren in der bisherigen Saison 2019/20 in Drittländer, mit Lieferungen in andere Mitgliedstaaten führte es sogar 1,8 Mio. t aus. Die Marktordnungsstelle FranceAgriMer prognostiziert Weltmarkt-Exporte von 12,4 Mio. t für das gesamte Wirtschaftsjahr. Dies entspräche einem Zuwachs von mehr als einem Viertel zu 2018/19. In der ersten Saisonhälfte kam man auf 8,9 Mio. t oder ein Plus von 16% zum Vorjahr.

Algerien blieb der größte Kunde, ungewöhnlich große Lieferungen von 233.000 t verzeichnete man im Dezember aber auch nach China. Dorthin flossen 2019/20 bisher 640.000 t französischer Weizen.

Dementgegen verzeichnet Russland laut den Statistikern des Agrarressorts 2019/20 schwächere Weizenexportzahlen. In der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres von Juli bis Dezember 2019 kam man auf 22,4 Mio. t oder ein Minus von 14,3%. Der Analyst Sovecon meldete bis Ende Jänner Weizenausfuhren von 22,1 Mio. t, was ein Minus von 17,1% zum Vorjahr ergibt. Das Institut IKAR reduzierte seine Weizenexportprognose für 2019/20 von zuletzt 33,5 Mio. t auf 32 Mio. t. Es begründet das langsamere Exporttempo auch damit, dass die Gewinnspannen im Verkauf auf dem Inlandsmarkt besser als die auf den Exportmärkten seien und daher weniger für den Weltmarkt angeboten werde. Bekanntlich will die Regierung in Moskau ja zur Abkühlung der Inlandspreise die Weizenausfuhren im zweiten Halbjahr 2019/20 mengenmäßig einschränken.

Österreichischer Kassamarkt im Ferienmodus

Die Energiewochen im Februar versetzen den österreichischen Kassamarkt in einen Ferienmodus. Damit kamen am Mittwoch dieser Woche an der Wiener Produktenbörse relativ wenige Notierungen zustande. Und, so Marktteilnehmer, jenen Produkten, die notiert wurden, liege nur ein begrenzt aussagefähiges Volumen an Abschlüssen zugrunde.

So beruhe offensichtlich die einzige Brotweizennotierung - die für Qualitätsweizen mit 180 Euro/t - offenbar auf einem einzelnen Geschäft, und der Eindruck, dass die Weizennotierungen nachgäben, entspreche nicht unbedingt dem gefühlten Markttrend. Ähnlich - mit umgekehrten Vorzeichen - wird die Mahlroggennotierung von 155 Euro/t kommentiert.

Die Preise von Durumeinfuhren vom EU-Raum in die Steiermark in Höhe von 253 Euro/t CPT (inklusive Frachtkosten bis zum Abnehmer) werden als Anzeichen für weiterhin auch hohe Erlöschancen für Ware aus inländischer Produktion gewertet. Als flau wird der Maismarkt beschrieben. Aufkäufer äußerten zwar Interesse an Ware, aber Lagerhalter von Mais aus Inlandsproduktion zeigten sich zu den gebotenen Konditionen kaum abgabebereit. Offensichtlich warten sie auf eine Befestigung zur neuen Sommerernte hin.

Probleme bereite weiterhin der Schiffstransport auf der Donau - nunmehr aber nicht mehr Niederwasser, sondern zu viel des Guten. Die Bestände auf den Feldern seien bisher gut über den Winter gekommen, starteten aber schon in die Vegetation, weshalb die Angst vor Frosteinbrüchen zunimmt.

Landwirtschaftskammer berichtet von Lagerhaus-Braugerstenverträgen

Wie die Landwirtschaftskammer berichtet, bieten die Raiffeisen-Lagerhäuser Braugerstenverträge für die Sorten Avus, Cerbinetta, Laureate, Esma und Ellinor an. Ein Abschluss ist noch bis Anfang März 2020 möglich. Für 50% der angelieferten Braugerste wird demnach ein Mindestfixpreis von 190 Euro/t netto bezahlt. Für den Rest wird der durchschnittliche Schlusskurs des Euronext-Weizen zur Lieferung im Dezember 2020 im Zeitraum September und Oktober berechnet. Hierfür gilt ein Preisband mit einem Mindestpreis von 190 Euro/t netto und einem Höchstpreis von 220 Euro. (Schluss) pos

Russland: Exporte von Ölmühlenprodukten 2019 deutlich ausgebaut

Wertmäßige Steigerung um 26%

Moskau, 7. Februar 2020 (aiz.info). - Aus Russland sind 2019 Produkte der Ölmühlenindustrie in einem Gesamtwert von rund 4,0 Mrd. USD (3,6 Mrd. Euro) ausgeführt worden und damit um 26% mehr als im Jahr davor, teilte das Landwirtschaftsministerium in Moskau mit. Der deutlichste Zuwachs konnte für Sonnenblumenöl verzeichnet werden, das an den internationalen Märkten für insgesamt etwa 2,1 Mrd. USD (1,9 Mrd. Euro) verkauft wurde. Außerdem stiegen die Einnahmen aus dem Export von Ölkuchen, und zwar auf gut 600 Mio. USD (545 Mio. Euro), sowie von Raps- und Sojaöl, der rund 515 Mio. USD (468 Mio. Euro) beziehungsweise 400 USD (363 Mio. Euro) gebracht hat. Unter den wichtigsten Importeuren sind in der Mitteilung China, die Europäische Union, die Türkei, der Iran und Usbekistan genannt. (Schluss) pom

EU-Schweinemarkt: Überschaubares Angebot stabilisiert das Preisniveau

Notierung bleibt in Österreich unverändert

Wien, 7. Februar 2020 (aiz.info). - Der europäische Schweinemarkt zeigt sich derzeit auf Ebene der schlachtreifen Tiere im Gleichgewicht. Als schwieriger wird die Situation am Fleischmarkt beschrieben, da die Impulse vom Export Richtung China, auch wegen der Coronavirus-Problematik, aktuell ausbleiben. Vor diesem Hintergrund lehnten die maßgeblichen Unternehmen in der BRD die letztwöchige Preisanhebung um 3 Cent ab und agierten mit Hauspreisen. Weil kein angebotsseitiger Druck zu spüren ist, gelang es den deutschen Erzeugergemeinschaften dennoch ohne größere Aufregung, das Preisniveau der Vorwoche abzusichern. * * * *

In Österreich sind Schlachtbetriebe so wie bereits in der Vorwoche eifrig dabei, sich die für die Auslastung der Schlacht- und Zerlegebänder erforderlichen Mengen an schlachtreifen Tieren zu beschaffen. Die um 5% rückläufigen Schlachtzahlen der Vorwoche sind ausschließlich der geringeren Verfügbarkeit geschuldet, berichtet **Johann Schleder** von der Schweinebörse. Ein durchschnittliches Angebot für die neue Woche war an der heimischen Börse reibungslos zu disponieren. Die Mastschweine-Notierung bleibt daher mit 1,83 Euro (Berechnungsbasis: 1,73 Euro) je kg Schlachtgewicht unverändert. (Schluss)

Gahr: Umfrage zum Wolf zeigt klaren Handlungsbedarf auf

Österreich braucht dringend eine flächendeckende Strategie

Wien, 7. Februar 2020 (aiz.info). - Bereits seit Jahren macht der Tiroler Abgeordnete und Forum Land-Obmann **Hermann Gahr** auf die Gefahren rund um die Rückkehr der Wölfe in den Alpenraum aufmerksam und brachte dazu bereits zwei Petitionen in den Nationalrat ein. Nun bestätigt eine im Dezember 2019 in Osttirol und Kärnten durchgeführte Umfrage des "market-Institut", dass sich das Meinungsbild zum Wolf in den betroffenen Gebieten ändert. "Wir wussten schon länger, dass die Einstellung der Menschen zu den Wölfen in urbanen und ländlichen Regionen sehr unterschiedlich

ist. Die Umfrage bestätigt diese Annahme nun klar. In Osttirol und Kärnten sprechen sich 46% der Bevölkerung gegen die Rückkehr der Wölfe aus. Die Zahlen zeigen, dass diese Tiere als Problem wahrgenommen werden", kommentiert Gahr die Ergebnisse. * * * *

Die Osttiroler und Kärntner sprechen sich eindeutig für eine wildökologische Raumplanung aus, für 54% der Befragten ist das ein sinnvolles Instrument zur Lenkung. In Osttirol und Spittal an der Drau sind sogar 45% für wolfsfreie Zonen. "Meine langjährige Forderung nach wolfsfreien Zonen sowie nach einer kontrollierten Bejagung des Wolfsbestandes findet vor allem in den betroffenen Gebieten Zuspruch. Ich bin mir sicher, dass sich durch die Ausbreitung der Wölfe auch die Ansicht der restlichen Bevölkerung noch ändern wird. Deswegen müssen wir vermehrt auf Aufklärung in urbanen Gebieten setzen, dort gibt es meist nur Informationen von NGOs, die natürlich die Ungefährlichkeit der Wölfe betonen, was fahrlässig ist", betont Gahr.

Wölfe auf Skipisten sind deutliches Alarmsignal

Zwei Wolfssichtungen auf Skipisten sorgten in Kärnten sowie in Südtirol in letzter Zeit für Aufregung. In Alta Badia (Südtirol) spazierte ein Wolf am helllichten Tag über eine befahrene Skipiste. Am Dreiländereck in Kärnten ein ähnliches Szenario. "Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Raubtiere jegliche Scheu vor den Menschen verloren haben. Jetzt kommen sie in der kalten Jahreszeit sogar schon Wintersportlern und Skihütten gefährlich nahe. Das ist ein deutliches Alarmsignal", so Gahr.

Wie schnell sich die Wolfspopulation entwickelt, zeigt eindrucksvoll das Beispiel Trentino, wo es 2012 nur vereinzelte Tiere gab, ihre Zahl hat sich mittlerweile auf mehr als 60 erhöht. "In Österreich leben aktuell drei bestätigte Rudel. Wenn die Ausbreitung so voranschreitet, haben wir bei der derzeitigen Reproduktionsrate von 30% in sechs Jahren zwölf Rudel", erläutert der Tiroler.

Gemeinsamer Schulterschluss gefordert

"Seit Jahren diskutieren wir die immer größer werdende Wolfsproblematik in Österreich. Doch bisher gibt es noch keine gemeinsame Strategie in dieser Frage. Jetzt müssen wir endlich handeln", mahnt Gahr und fordert einen Wolfsgipfel aller Bauernvertreter, Branchenverbände, des Tourismus sowie der Jagd. "Gerade die Winterzeit bietet sich an, einen runden Tisch einzuberufen, um das weitere Vorgehen zu besprechen und an einer flächendeckenden Strategie zu arbeiten. Wir brauchen die Situation nicht weiter schönzureden, die Rückkehr der Wölfe ist eine Gefahr für Mensch und Tier. Wenn wir weiter nur zusehen, führt das zur Problemmaximierung und hilft niemandem", so Gahr abschließend. (Schluss)

Hiegelsberger: Holzbau verbindet Klimaschutz mit regionaler Wertschöpfung

Wanderausstellung "Holzbau in fünf Vierteln" eröffnet

Linz, 7. Februar 2020 (aiz.info). - Mit knapp 42% bewaldeter Landesfläche ist Oberösterreich ein Waldland. Als Baustoff bietet das darin gewonnene Holz zahlreiche positive Eigenschaften, es ist klimaneutral und sorgt für hohe Wertschöpfung in den ländlichen Regionen. Gründe genug, um auch im öffentlichen Bauwesen stärker auf diesen Werkstoff zu setzen. "Die generellen Bemühungen des Landes zur Forcierung des Holzbaus bekommen durch die Krise am Holzmarkt eine noch höhere Dringlichkeit. Gemeinsam mit proHolz Oberösterreich haben wir daher eine Wanderausstellung ins Leben gerufen, die die Gemeindeverantwortlichen über die Vorzüge dieses Baustoffs aufklärt, mit dem Ziel, die Nachfrage nach Holz zu erhöhen und den Holzmarkt zu entlasten. Nicht zuletzt werden dadurch auch viele Arbeitsplätze im Land gesichert. Entlang der Wertschöpfungskette Holz beziehen in Oberösterreich etwa 70.000 Menschen ein Einkommen. Es muss nun Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass sich viele Projekte auch in Holzbauweise realisieren lassen", erklärte Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger** gestern bei der Eröffnung der Ausstellung, die bis Juni in allen oberösterreichischen Vierteln zu sehen sein wird. * * * *

Land ist größter Bau-Auftraggeber

Die Landesregierung ist einer der größten Bau-Auftraggeber in Oberösterreich. Laufend wird etwa in den Ausbau von Pflichtschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen investiert. Für ein Holzhaus werden rund 40 m³ Holz benötigt, diese Menge wächst in den Wäldern bundesweit in nur 40 Sekunden wieder nach. "Man kann also sagen, dass in Österreich die Holzhäuser im Minutentakt in den Wäldern wachsen. Öffentliche Gebäude aus diesem Baustoff zu errichten, ist daher auch als Aspekt des Klimaschutzes zu verstehen", ergänzte LH-Stellvertreterin **Christine Haberlander**. Allein in Oberösterreich wachsen jährlich 4,7 Mio. m³ Holz nach. Bereits Ende des Jahres soll mit der neuen Volksschule St. Martin im Mühlkreis ein reiner Holzbau im öffentlichen Sektor entstehen.

"Holzbau in fünf Vierteln"

Die Wanderausstellung zeigt anhand von im Bundesland realisierten Beispielen das technische, ökonomische und gestalterische Potenzial des modernen Holzbaus. Neben Infos zu den Themen Klimaschutz, Brandsicherheit oder Beständigkeit werden Lösungen für öffentliche Bauaufgaben vom Altstoffsammelzentrum bis zum Kindergarten vorgestellt. Die Schau macht bis Jahresmitte an fünf Stationen in allen oberösterreichischen Vierteln plus dem Salzkammergut Halt. Bei den Eröffnungen der einzelnen Stationen berichten Bauherr und Nutzer von ihren persönlichen Erfahrungen mit öffentlichen Holzbauprojekten. "Öffentliche Bauherren befinden sich oft im Spannungsfeld zwischen Kosteneffizienz und Nachhaltigkeit. Der Holzbau vereint diese beiden Ansprüche und kann energetisch und raumklimatisch höchsten Ansprüchen gerecht werden. Er fügt sich harmonisch in das Ortsbild ein und prägt zum Teil schon über Jahrhunderte das Erscheinungsbild vieler Gemeinden", so proHolz-Obmann **Georg A. Starhemberg**. (Schluss)

Land Oberösterreich zeichnete 16 bäuerliche Betriebe als Erbhöfe aus

Stelzer und Hiegelsberger: Familienbetriebe stärken den ländlichen Raum

Linz, 7. Februar 2020 (aiz.info). - Der Ehrentitel "Erbhof" wird von der Landesregierung Oberösterreich an landwirtschaftliche Betriebe verliehen, die seit mindestens 200 Jahren in derselben Familie weitervererbt und aktiv bewirtschaftet werden. Diese Höfe zeigen eindrucksvoll, wie stark Nachhaltigkeit in der bäuerlichen Welt verankert ist. Die Weitergabe des Betriebes in einer guten wirtschaftlichen Verfassung ist fast überall die Hauptmotivation. Daher ist auch der schonende Umgang mit der wichtigsten Ressource, den agrarischen Flächen, klares Ziel. Gestern verliehen Landeshauptmann **Thomas Stelzer** und Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger** 16 weiteren Betrieben aus dem ganz Bundesland diesen Titel. * * * *

"Diese Ehrenbezeichnung würdigt jene Bauernfamilien, die durch ihre harte und unermüdliche Arbeit über Generationen hinweg den Erhalt ihres Betriebes sicherstellten. Sie steht für Arbeit und Leistung, für das Zusammenstehen als bäuerliche Familie und als Betrieb, für den Erhalt und die Weitergabe von Wissen, von Werten und Traditionen. Als Landeshauptmann stehe ich hinter unseren Bäuerinnen und Bauern, die durch ihre Erzeugungen auf höchstem Qualitätsniveau und der Bewirtschaftung wesentlich zur Belebung und Erhaltung des ländlichen Raumes beitragen", betonte Stelzer bei der Zeremonie im Landhaus.

Damit tragen bereits 6.196 Betriebe in Oberösterreich den Titel "Erbhof", der seit 1931 verliehen wird. Hiegelsberger, selbst stolzer Besitzer eines Erbhofes, betonte den hohen Wert der Familienbetriebe für die Landwirtschaft und den gesamten ländlichen Raum: "Die Organisation als Familienbetrieb ist sicherlich der Hauptgrund dafür, dass unsere Landwirtschaft in dieser kleinteiligen Form erfolgreich ist. Familie und Betrieb gehören zusammen, die Arbeit am Hof wird auf mehrere Schultern verteilt und die Generationen ziehen an einem Strang. Darauf beruht die wirtschaftlich erfolgreiche Arbeit. Aber auch das Vereinswesen in den ländlichen Gemeinden profitiert von diesem flexiblen Modell. Unsere landwirtschaftlichen Familienbetriebe sind damit Garanten für einen lebendigen ländlichen Raum." (Schluss)